

ESSAY

FREMDE SOLDATEN

DEUTSCHLANDS NICHTVERHÄLTNIS ZU SEINER ARMEE / VON PAUL NOLTE

Seit dem Sommer dieses Jahres ist das Verhältnis der Deutschen zu ihrem Militär, zur Bundeswehr, immer wieder Gegenstand öffentlicher Debatten geworden. Es begann mit dem Streit um das Gelöbnis vor dem Reichstagsgebäude am 20. Juli, dem die politischen Spitzen peinlich ihre Präsenz verweigern wollten und das die Gelöbnisgegner, weniger peinlich als grotesk, als Indiz einer fortschreitenden und freiheitseinschnürenden „Militarisierung des öffentlichen Raumes“ brandmarkten. Dann kam die Zuspitzung der Lage in Afghanistan, die getöteten Zivilisten, die getöteten deutschen Soldaten. Es wuchs die beklemmende Einsicht, dass der Job der Bundeswehr in Afghanistan doch etwas anderes ist als Entwicklungshilfe in Tarnfarben.

Jetzt wird wieder über den Bundeswehreinsatz im Innern gestritten, womit ja keine Kampfhandlungen auf deutschem Boden gemeint sind, sondern der Einsatz des Militärs in zivilen Katastrophenfällen. Und am 27. November will Verteidigungsminister Franz Josef Jung den Grundstein eines Ehrenmals zum Gedenken an die, die im Dienst ihr Leben verloren haben – und erneut wird er wohl sagen: „gefallenen Soldaten“ –, legen. In den Protesten, die dieses Ereignis vermutlich begleiten, schließt sich wieder der Kreis zum sommerlichen Gelöbnisstreit.

Aber haben wir daraus etwas gelernt, sind wir irgendwie klüger geworden?

Überwiegend haben sich die Deutschen als bequeme Zuschauer benommen und scheuen die Festlegung. Ob man Gelöbnis und Ehrenmal irgendwie peinlich findet oder den Protest der Militarisierungsgegner übertrieben: Der gemeinsame Nenner ist immer die Distanz, die Fremdheit gegenüber der Armee, gegenüber der Bundeswehr.

Deutschland ist mit der Existenz jener „demokratischen Armee“, von der jetzt wieder so viel die Rede war, immer noch nicht zu Rande gekommen, politisch, historisch und mental. Die Nation hadert tief mit der Tatsache, als Gesellschaft und Staatswesen auch einen militärischen Arm zu besitzen. Aber „hadern“ ist falsch, das wäre ja eine Form der Auseinandersetzung. Vielmehr versucht das Land, diese Tatsache lieber zu verdrängen und zu verstecken wie einen Aussatz. Das ist kein Intellektuellenproblem und keines der politischen Klasse allein, sondern von uns allen. Heimlich träumt dieses Land davon, sich endlich innerhalb seiner Grenzen als militärfreie Zone deklarieren zu können.

Militarisierung des öffentlichen Lebens? Zu keinem Zeitpunkt in seiner Geschichte, und man darf dabei ruhig bis ins Mittelalter zurückgehen, war Deutschland unmilitärischer, war das Militärische weniger sichtbar und spürbar im Alltag der Menschen. Das ist, damit da kein Zweifel aufkommt, vor allem anderen hochofentlich. Es signalisiert langdauernden Frieden in Mitteleuropa, die Abwesenheit von Gewalt, Zerstörung und Tod nach einem Klimax der Gewalt im „zweiten Dreißigjährigen Krieg“ zwischen 1914 und 1945, für den die Deutschen die Hauptverantwortlichen waren. Aber das Unverhältnis zum Militär und sein fast völliges Verschwinden aus der Öffentlichkeit

mutet doch seltsam, geradezu paradox an: Gibt es nicht zumindest einen offiziellen Konsens über die Verteidigungsbereitschaft? Oder ruht dieser Konsens längst auf morschen Stützen? Ist die Bereitschaft, eine Armee nicht nur wie in Zeiten des Kalten Krieges in Reserve zu halten, sondern sie auch zu verwenden, und das auch noch am Hindukusch statt im sogenannten Fulda Gap, nicht in den vergangenen zehn, fünfzehn Jahren gewachsen?

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben die gesellschaftliche Identifikation mit der Armee offenbar nicht vergrößert; sie haben nicht einmal eine, wie auch immer kritische Auseinandersetzung bewirkt, die diesen Namen verdiente. Im

Gegenteil, die Aktivierung des Militärischen funktionierte zugleich als seine Externalisierung. Natürlich sind Auslandseinsätze besonders umstritten. Aber sie sind auch ungeheuer bequem, weil sie ein lästiges Phänomen nach außen abschieben und der Sichtbarkeit in Stuttgart oder Leipzig oder Köln entziehen. Wollte man zynisch sein, könnte man denken: Die oft geäußerte Vermutung, die Unterstützung der Deutschen für die internationalen Einsätze der Bundeswehr werde schwinden, sobald Bilder der ersten Toten gesendet werden – die sogenannte Zinksarg-These –, hat sich nicht deshalb als falsch erwiesen, weil die Zustimmung in der Bevölkerung inzwischen gewachsen ist. Sondern deshalb, weil das Schicksal ihrer Soldaten im Ausland den Deutschen überwiegend egal ist. Teil des öffentlichen Bewusstseins, wie in anderen Ländern, ist es jedenfalls nicht. Jetzt spricht der Verteidigungsminister erstmals von Soldaten, die „gefallen“ sind, wir



Modell des geplanten Ehrenmals der Bundeswehr*

Die Nation hadert mit der Tatsache, als Staatswesen auch einen militärischen Arm zu besitzen.

* Verteidigungsminister Franz Josef Jung (M.), Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan (r.) während der Präsentation durch Architekt Andreas Meck.

sehen die Bilder von der Trauerfeier – aber es könnte genauso gut der Abschied von Verkehrsunfallopfern sein. Zwei Tage später ist alles wieder vergessen.

Seit der Wiedervereinigung hat sich in Deutschland eine beispiellose Demilitarisierung vollzogen. Das ist eine der am meisten unterschätzten Veränderungen, die es seit der großen Wende von 1989/1990 gegeben hat. Das Militär ist seitdem zu einem Marginalphänomen des öffentlichen Lebens und der Alltagsgegenwart geworden. Über die Zäsur in Ostdeutschland muss man angesichts der militarisierten DDR nicht viele Worte verlieren. Doch der Wandel im Westen ist in dieser Hinsicht kaum weniger tiefgreifend. Offenbar handelt es sich aber um eine inzwischen weithin verdrängte Erinnerung. Bis 1989 waren die alljährlichen Frühjahrs- und Herbstmanöver ein Dauerthema in den Nachrichtensendungen, tieffliegende Kampfjets donnerten auch über dichtbesiedelte Räume, die Präsenz von Soldaten und Wehrpflichtigen in den Bundesbahnzügen am Freitag und am Sonntag drängte sich häufig unangenehm auf.

Der Krieg war keineswegs weniger als heute, zu Zeiten von Kosovo und Irak, ein Gegenstand öffentlicher Debatten; im Gegenteil, er steckte viel tiefer in den Poren, bis in heute schon bizarr anmutende Rituale des Alltags hinein wie die Probealarme, die Sirensignale für den Verteidigungsfall und den ABC-Alarm oder die „Zivilschutz“-Kurse, in denen man lernte, sich unter den Tisch zu ducken oder einen Nahrungsvorrat anzulegen. Der Wehrdienst bestimmte in ungleich höherem Maße als heute das Lebensgefühl der männlichen Jugendlichen in einer entscheidenden Phase ihrer Sozialisation, aber auch den Alltag ihrer Familien; er dauerte in den sechziger Jahren doppelt so lange wie heute und erfasste einschließlich der Kriegsdienstverweigerer einen weitaus größeren Teil der gemusterten Jahrgänge, und daran entzündeten sich hochideologisierte Debatten ganz eigener Art. In den beiden deutschen Staaten standen vor der Wiedervereinigung etwa 1,5 Millionen Mann unter Waffen, davon fast die Hälfte Deutsche und die Hälfte Alliierte und Besatzungstruppen, und sie prägten, ob sie nun in die Kneipe gingen oder im olivgrünen Laster unterwegs waren, den öffentlichen Raum auf nachdrückliche Weise.

Die Geschichte dieser Militarisation, nicht nur der DDR, sondern auch der „alten Bundesrepublik“, muss noch geschrieben werden – und die ihres rasanten Verschwindens seit Anfang der neunziger Jahre. Die NVA gibt es nicht mehr, die Bundeswehr ist kleingeschrumpft, die allermeisten ausländischen Soldaten sind abgezogen, Kasernen zu Universitäten und Wohngebieten geworden. Zumal in den Städten ist die Wahrscheinlichkeit, irgendetwas Militärischem zu begegnen, dramatisch gesunken, die Bundeswehr ist überwiegend in die innere Exterritorialität von Wald-und-Wiesen-Standorten verdrängt. Auch deshalb wirkt ihr Auftreten inmitten Berlins nicht nur für manche provokativ, sondern für viele anachronistisch: sei es mit einem Gelöbnis, sei es demnächst mit einem Ehrenmal am Bendlerblock.

Auch die eigentümliche „sekundäre Militarisation“ der Alltagskultur ist dahingeschmolzen, dem Nato-Parka steht eine Re-

naissance als jungendliches Kleidungsstück nicht bevor. Wohin man blickt: Deutschland ist inzwischen ziviler, weniger militärisch als die meisten seiner Nachbarn und Verbündeten, ganz gewiss als Amerika und England. Hier ist die „Zivilgesellschaft“, über die die Intellektuellen in anderer Hinsicht viel streiten – Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, private Initiative –, in radikaler Weise Realität geworden. Die Fäden zwischen der Bundeswehr und der bundesdeutschen Lebenswelt sind gerissen. Ein nationaler Stolz, wie er anderswo weithin selbstverständlich ist, verbindet sich schon gar nicht mit unserer Armee.

Natürlich gibt es dafür Gründe, und manche liegen schmerzhaft auf der Hand. Zwei expansive Weltkriege, der zweite als rassistischer Unterwerfungs- und Vernichtungskrieg geplant und geführt, sprechen bis heute eine deutliche Sprache. An der Gelöbnisformel ist nichts Nationalsozialistisches. Aber wer redet sonst noch von „tapfer“ und „treu dienen“, als ob Bernhard Buebs Lob der Disziplin noch überboten werden sollte? Schon die Unterordnung des Individuums unter einen gemeinschaftlichen Zweck weckt bei vielen, ob zu Recht oder Unrecht, Erinnerungen an den Faschismus. Auch wenn man weit hinter Hitler zurückgeht, fehlt den Deutschen die Erfahrung des Zusammenhangs von Militär und nationaler Befreiung, von Kampf und liberaler Emanzipation. Die antinapoleonischen „Befreiungskriege“ geben das schon lange nicht mehr her.

Sechzig Jahre Demokratie in der Bundesrepublik haben daran offenbar nichts fundamental ändern können. Das hat auch mit einer sozialen Spaltung zu tun. Die Söhne der Arbeiter und kleinen Angestellten mögen weiterhin in unreflektierter Selbstverständlichkeit „zum Bund“ gehen. Die liberalen Bildungseliten, das neue Bürgertum der Bundesrepublik, hat nie ein Verhältnis zum Militär gefunden. In den vergangenen Jahren ist viel über die „Aussöhnung“ der Linken und Linksliberalen mit den Grundentscheidungen der Nachkriegsgeschichte geschrieben worden: für den Westen, für die liberal-repräsentative Demokratie, für die soziale Marktwirtschaft. Das Militär, die Bundeswehr, scheint in diesen

nachholenden Konsens jedoch nicht eingeschlossen worden zu sein. Allenfalls einer Art Technischem Hilfswerk in Tarnfarben, das bei Flutkatastrophen Säcke stapelt, kann hier Sympathie und Loyalität gelten.

Was folgt nun daraus? Diese Debatte steht noch bevor – und es ist zu hoffen, dass sie geführt wird. Wenn wir wie bisher zur Bundeswehr stehen, dann dürfen wir sie nicht aus der öffentlichen Sichtbarkeit verbannen; dann muss sie in Gesellschaft, Alltag, Öffentlichkeit präsenter sein als bisher, so dass ein öffentliches Gelöbnis oder ein Uniformierter im Zugabteil kein bizarrer Exotismus bleibt. Diese Präsenz muss nicht martialisch sein, und sie braucht das moralische Dilemma des Militärischen, auch die innere Zerrissenheit jedes Einzelnen nicht zu verschweigen. Aber einfach Wegblenden und Ignorieren geht nicht mehr.

Nolte, 45, lehrt Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin. 2006 veröffentlichte er „Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus“.



Feierliches Gelöbnis in Berlin am 20. Juli

Seit der Wiedervereinigung hat sich eine beispiellose Demilitarisierung vollzogen.